

Das Ringen um ein angemessenes und würdiges Gedenken ab Juni 2019

Die Dauerausstellung als Erstinformationsort

Im September 2019 brachte die Initiative Gedenkort Stadthaus eine umfangreiche Dokumentation heraus, die für eine Schutzgebühr von 5,00 Euro bei allen Veranstaltungen, vor allem auch bei den Mahnwachen, verkauft wird. Sie soll die Diskussion um die angemessene Würdigung des geschichtsträchtigen Ortes informativ und argumentativ begleiten und sollte rechtzeitig zur Eröffnung der Dauerausstellung erscheinen.

Im Laufe des zweiten Halbjahres 2019 wurde aber immer deutlicher, dass der ursprünglich für September vorgesehene offizielle Öffnungstermin und auch der geplante Finanzrahmen nicht zu halten sein würden. Die Ausstellungsagentur Missall Gies und Partner hatte große Probleme, alle Anforderungen auf den restlichen verbliebenen 50 Quadratmetern zu erfüllen. Schließlich sollten auf dieser Fläche nicht nur möglichst viele Informationen untergebracht werden, sondern sie sollte auch so flexibel sein, dass dort Veranstaltungen mit ca. 20 Personen stattfinden könnten. Das erste Problem versuchte man durch den umfangreichen Einsatz audiovisueller Medien, das zweite durch verschiebbare und ineinander passende Metalltische lösen. Auch die Brückenarkade wurde mit der Aufstellung von Infotafeln genutzt und der „Seufzergang“ mit einer Hörstation ausgestattet. Man kann sicherlich sagen, dass sowohl die Ausstellungsagentur als auch die Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Neugamme das Optimum dessen realisiert haben, was auf dieser begrenzten Fläche möglich ist. Ein Lernort ist es trotzdem nicht geworden und ein Gedenkort nur in sehr beschränktem Maße, denn das Gedenken gestaltet sich schwierig bei gleichzeitigem Verkaufsbetrieb der Buchhandlung und dem Zischen der Espressomaschine im Café.

Am 27. Januar 2020 wurde dann die neue Dauerausstellung im „Geschichtsort“ eröffnet, am Tag darauf besichtigten die Mitglieder des Kulturausschusses diesen Ort, begleitet von mehreren Medienschaffenden und ca. 70 Aktiven der Initiative Stadthaus. Eine offizielle Eröffnungspräsentation gab es dabei nicht, weil sich Kulturbehörde und Quantum über ihre Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten nicht einig werden konnten. Die Initiative nutzte die Gelegenheit, um die Mitglieder des Kulturausschusses darauf hinzuweisen, dass es durchaus eine Alternative zu dem jetzigen Dauerprovisorium gebe, nämlich die direkt daneben liegende, ca. 750 qm große ehemalige Meldehalle und spätere Wagenhalle des Senats. Sie stand seit langem leer und konnte bis zu diesem Zeitpunkt von Quantum noch nicht vermietet werden. In einem aufwändig gestalteten Flyer machte die Initiative deutlich, welche Möglichkeiten dieser Ort für ein angemessenes Gedenken im Stadthaus bieten würde. Außerdem forderte sie Senat und Bürgerschaft auf, die ehemalige Meldehalle/Wagenhalle auf unbeschränkte Zeit zu mieten oder von Quantum zurückzukaufen und dann den dauerhaften Betrieb zu gewährleisten. Möglichen finanziellen Einwänden wurde mit dem Hinweis begegnet, dass für die Sanierung des Bismarck-Denkmal und des Segelschiffes „Peking“ ein Vielfaches dessen ausgegeben wird, was die Anmietung oder der Rückkauf des leer stehenden Raumes kosten würde.

Diese Argumente der Initiative beeindruckten aber weder die Mitglieder des Kulturausschusses, noch den Senat oder die Mehrheit der Bürgerschaftsfraktionen. Aktivitäten in die geforderte Richtung wurden nicht unternommen, der politische Wille war einfach nicht vorhanden. Nach den Aussagen des Kultursenators Carsten Brosda handelt es sich beim Geschichtsort in den Stadthöfen ja auch lediglich um einen „Erstinformationsort“.

Im Juni 2020 verkündete Quantum dann, dass der fragliche Raum an ein Autohaus vermietet werden solle, im Oktober war es dann ein Designer-Möbelhaus, mit dem bereits ein Vertrag geschlossen worden sei. Nach Informationen von Frank Schmidt, Vorstand der Projektentwicklungsfirma Quan-

tum, waren zu diesem Zeitpunkt 92 % der Flächen in den Stadthöfen vermietet. Während dieser Gebäudekomplex von Quantum im Jahre 2013 an ein Konsortium der ärztlichen Versorgungswerke Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern verkauft worden war, behielt der Projektentwickler gleichzeitig die Aufgabe, sich um die kommerzielle Verwertung zu kümmern.

Die Stiftung und das Gedenkstättenkonzept

Anfang 2020 wurde die „Stiftung Hamburger Gedenkstätten und Lernorte zur Erinnerung an die Opfer der NS-Verbrechen“ (SHGL) ins Leben gerufen. Sie hat unter anderem den Auftrag, ein langfristiges Gedenkstättenkonzept zu entwerfen. Die Grundlinien dazu gibt der Koalitionsvertrag vom 2. Juni 2020 vor. Demnach soll beim „Geschichtsort“ mit Lesesaal und Café alles so bleiben, wie es ist, ihm ist die Rolle eines „Erstinformationsortes“ zugedacht. Einziger Satz im Koalitionsvertrag zum Stadthaus: „Auch die Unterstützung des neuen ‚Geschichtsorts Stadthaus‘ gehört zu den Aufgaben der Stiftung Hamburger Gedenkstätten.“ Das ist alles. Einen Lernort wird es in den Stadthöfen ausdrücklich nicht geben, so das Statement des Kultursenators im Beirat. Hier soll vor allem die Rolle der Täter dokumentiert werden. Vertiefende Informationen sind für das zukünftige denk.mal Hannoverscher Bahnhof am Lohsepark in der Hafen-City vorgesehen. Die Geschichte der Zwangsarbeit im Hafen soll irgendwann im Lagerhaus G am Dessauer Ufer dokumentiert werden, wenn die Eigentümerverhältnisse geklärt sind. Für die Dokumentation der Opfer und des Widerstandes ist gemäß Koalitionsvertrag ein Gebäude in einem stillgelegten Teil der JVA Fuhlsbüttel vorgesehen. Noch unter dem grünen Senator Till Steffen hat die Justizbehörde das JVA-Gelände, das zukünftig nicht mehr als Gefängnis genutzt werden soll, zum "Quartier Santa Fu" erklärt und sucht Investoren, die dort mehrstöckige Mietshäuser zwischen den denkmalgeschützten Häusern I und III und zwischen den ebenfalls denkmalgeschützten Gefängniswärterhäusern bauen sollen. Das Muster ist bekannt: Kommerzialisierung und Erinnerung in unmittelbarer Verbindung, das wiederholt sich jetzt auch in fataler Weise am Lohsepark und am Bullenhuser Damm. Die Hamburger Politik lernt nichts aus ihren Erfahrungen, im Zweifel wird immer dem Kommerz der Vorzug gegeben.

Der Koalitionsvertrag sieht keinen zentralen Gedenk- und Lernort zur Geschichte von Verfolgung, Vernichtung und Widerstand im Nationalsozialismus in der Innenstadt vor. Das Gedenken an die Verbrechen des Faschismus in Hamburg bleibt also zersplittert, dezentral und über das ganze Stadtgebiet verteilt. Das Gedenkstättenkonzept der Stiftung wird daran wohl nichts ändern, es sei denn, die im Stiftungsbeirat vertretenen Organisationen nehmen massiv Einfluss auf die Stiftungspolitik.

Seit dem Frühjahr 2020 organisiert die Stiftung Führungen und Veranstaltungen im „Geschichtsort“ und legitimiert damit diesen Ort. Die Initiative Gedenkort Stadthaus ruft dazu auf, an diesen Führungen und Veranstaltungen nicht teilzunehmen.

Das Kunstwerk und die vielen Hindernisse

Nicht nur die Corona-Pandemie, sondern auch technische Einwände führten dazu, dass das Kunstwerk „Stigma“ nicht im Frühjahr 2020 begonnen werden konnte. Das Kunstwerk der beiden Künstlerinnen Andrea Knobloch und Ute Vorkoeper wurde jedoch nicht nur zeitlich sondern auch räumlich verschoben. Die räumliche Verschiebung forderte der Landesbetrieb für Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG, ein städtisches Unternehmen der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende), weil er die Brücke über das Bleichenfleet in Gefahr sah. Nachdem bei der Auswahl des Kunstwerks im Juni 2019 die Realisierbarkeit am vorgesehenen Ort von allen zuständigen Behörden und Ämtern attestiert worden war, stellte sich nun der LSBG quer, weil er festgestellt haben will, dass das Kunstwerk mit der partiellen Zerstörung des Straßenpflasters die empfindliche „Brückenhaut“ und die darunter

liegenden Leitungen gefährde. Außerdem seien die Künstlerinnen auf Jahre hinaus in der Gewährleistung und könnten für mögliche Schäden in die Pflicht genommen. Es ist verständlich, dass sie dieses Risiko nicht eingehen wollten. Sie planten daraufhin eine Verschiebung in Richtung Norden vor das Hotel Tortue. Damit wäre allerdings der eigentliche Sinn von Stigma, die wichtigen Eingänge des Stadthauses bis hin zur Rotunde miteinander zu verbinden entfallen und die Entscheidung des Preisgerichts wäre missachtet worden. Der Senator verteidigte diese Entscheidung der Künstlerinnen im Beirat als „Kunstfreiheit“.

Inzwischen ist offenbar eine Lösung gefunden worden, die es doch noch ermöglicht, ein kleines Stück der Brücke zu nutzen und die wichtigen Eingänge miteinander zu verbinden, indem der Schwerpunkt des Kunstwerks nach Süden verlegt und vor der Rotunde angesiedelt wird, womit dann auch ein kleines Stück des Neuen Walls mit genutzt wird. Wann mit der Realisierung begonnen werden kann, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar. Die Zukunft muss dann zeigen, ob das geplante Kunstwerk seine Funktion als „großer Stolperstein“ und als Anstoß zum Gedenken an die Gräueltaten, die im Stadthaus begangen wurden, erfüllt oder für die durch die Stadthöfe Flanierenden nur eine interessante Fußwegdekoration darstellt.

Das Scheitern des Beirats

Der zehnköpfige Beirat (plus vier von der Kulturbehörde bzw. SHGL) hat sich seit März 2018 zwanzig Mal getroffen, davon zweimal auch mit dem Kultursenator. Im Juni wird er sich auf einer letzten Sitzung auflösen. Diese Auflösung erfolgt nicht, weil er seine Aufgabe für erfüllt ansieht, sondern weil er in der aktuellen Situation keine Perspektiven mehr sieht, die von ihm gemachten Vorschläge noch zu realisieren. Die Widerstände von Kulturbehörde, Senat, Bürgerschaftsmehrheit und Projektentwickler Quantum sind einfach zu groß.

Von Anfang an war eine Mehrheit des Beirates nicht bereit, die Einschränkung seiner Arbeit auf die Gestaltung des „Geschichtsortes“ zu akzeptieren. In einem Zwischenbericht an den Kultursenator vom Juli 2019 heißt es: „In mehreren Besichtigungen in den Stadthöfen und Gesprächen mit Frau Krawehl sowie Vertretern der Eigentümer und der beauftragten Ausstellungsagentur ist für uns deutlich geworden, dass die fachlich wie erinnerungspolitisch gewünschte Gestaltung des Ortes nur mit erheblichen Defiziten realisiert werden kann. Dies liegt vorrangig an der nicht ausreichend vorhandenen Fläche und an der Verbindung von Buchladen, Café und Geschichtsort. Aus fachlicher Sicht wäre es dringend geboten, diese Grundlagen zu überprüfen und zu ändern. Vertreterinnen und Vertreter des Beirates haben sich entsprechend auch in der Anhörung des Kulturausschusses am 4. Dezember 2018 geäußert. Wir betonen unsere grundsätzlichen Bedenken hier noch einmal so ausdrücklich, weil der Beirat nach allen Seiten hin Lösungen gesucht hat, um Vorschläge für einen Hamburg angemessenen Geschichtsort vorlegen zu können“.

Obwohl allen Beiratsmitgliedern klar war, dass ein der Geschichte dieses Ortes angemessener Gedenk-, Informations-, und Lernort in den vorhandenen Räumlichkeiten nicht zu realisieren ist und dass Quantum seine Kaufvertragspflichten nicht erfüllt, beteiligten sie sich konstruktiv an der Ausgestaltung der Ausstellung und machten eine Reihe von Vorschlägen, die in der Regel auch berücksichtigt wurden. Aus dem Beirat kam auch der Vorschlag zu einem Kunstwerk als „großen Stolperstein“. Beiratsmitglieder waren in der Auswahl-Jury vertreten und unterstützten die Entscheidung für das Kunstwerk STIGMA. Der Beirat setzte sich auch intensiv mit den Einwänden des LSBG auseinander und lehnte eine Verlegung nach Norden entschieden ab.

Darüber hinaus machte der Beirat eine Vielzahl von Vorschlägen, wie das Problem der räumlichen Enge gelöst werden könnte, sie fanden aber alle keine politische Unterstützung. Der erste sah vor, dass Quantum geeignete Räumlichkeiten im Neubau des ehemaligen Görtz'schen Palais zur Verfügung stellen sollte. Die Kulturbehörde lehnte es ab, darüber mit Quantum zu verhandeln. Als nächstes brachte der Beirat den unter dem Bürgermeister-Petersen-Platz gelegenen ehemaligen Polizeiführungsbunker in die Diskussion und organisierte eine gemeinsame Begehung. Wenn auch die Räumlichkeiten nicht als ideal für einen Lernort beurteilt wurden, so bestand doch das Interesse, seine Möglichkeiten näher auszuloten. Doch auch diese Überlegungen wurden schnell mit feuerpolizeilichen und technischen Bedenken zunichte gemacht. Unabhängig davon besteht aber nach wie vor der dringende Wunsch, diesen einmaligen historischen Ort unter Denkmalschutz zu stellen und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Doch auch diese Forderung findet kaum politische Unterstützung. Aus dem Beirat kam dann der Vorschlag, über dem Bunker auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz einen Neubau mit Zugang zum Bunker als Lernort und als Dokumentationszentrum zum Widerstand zu errichten. Bei seinem Besuch im Beirat im September 2020 erklärte der Senator dazu, dass man das machen könne, das ginge dann allerdings zu Lasten des Dessauer Ufers und auch zu Lasten einer möglichen Gedenkstätte in der JVA Fuhsbüttel. Alles zusammen sei nicht finanzierbar. Als ideale Lösung wurde vom Beirat der ca. 750 qm große Raum unmittelbar neben dem Geschichtsort betrachtet, die frühere Meldehalle und spätere Wagenhalle des Senats. Doch auch hier lehnten die Verantwortlichen in der Kulturbehörde ab, mit Quantum in Verhandlungen einzutreten und den Vorschlag des Beirates aktiv zu unterstützen. Damit war eine weitere Chance vertan.

Die einzige Aufgabe wäre jetzt noch, die Realisierung des Kunstwerks zu begleiten, doch dafür braucht es keinen Beirat mehr, er hat seine Schuldigkeit getan.

Die Initiativen der Initiative Stadthaus

Die Corona-Pandemie erschwerte ab März 2020 alle Aktivitäten rund um das Stadthaus. Der Tag der Befreiung wurde aber trotzdem mit reger Beteiligung und unter Einhaltung aller Corona-Regeln vor den Gebäuden der Stadthöfe in der Stadthausbrücke begangen. Bei strahlendem Sonnenschein versammelten sich ca. 300 Antifaschistinnen und Antifaschisten, um trotz der Corona-Einschränkungen ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, dass der 8. Mai ein arbeitsfreier Feiertag werden müsse. Entsprechend den Auflagen der Innenbehörde fanden drei Mahnwachen statt, zu denen weit mehr Menschen gekommen waren, als eigentlich zugelassen waren.

Die Chancen auf die Realisierung der Forderungen der Initiative haben durch den Koalitionsvertrag und durch die Vermietungen in den Stadthöfen einen Rückschlag erlitten. Die Initiative hatte immer wieder von den politisch Verantwortlichen, hier vor allem vom Kultursenator, gefordert, sich um die Meldehalle/Wagenhalle oder auch um Räume im Görtz'schen Palais als mögliche Orte für das Erinnern, Gedenken und Lernen zu bemühen und entsprechende Forderungen gegenüber Quantum zu vertreten oder selbst Räume in den Stadthöfen anzumieten. Diese Chance ist jetzt offensichtlich vertan. Die Forderung aus dem Beirat, einen Neubau auf dem Bürgermeister-Petersen-Platz wurde von der Initiative unterstützt. Dass dieser Vorschlag vom Kultursenator jedoch zum Anlass genommen wurde, verschiedene Initiativen gegeneinander auszuspielen und finanzielle Engpässe vorzuschieben, wurde von der Initiative scharf kritisiert. Sie wies darauf hin, dass die erinnerungspolitische Haltung von Senat und Bürgerschaftsmehrheit eine ganz andere ist, wenn es um die maritime Geschichte unserer Stadt geht. Dann sei eine große Bereitschaft vorhanden, „Leuchtturmprojekte“ wie Hafenumuseum und Peking zu realisieren oder das Bismarck-Denkmal mit großem Aufwand zu restaurieren – rechtzeitig zum 150. Jubiläum der Reichsgründung.

Die beiden wichtigsten Opferverbände in Hamburg, der Arbeitskreis ehemals verfolgter und inhaftierter Sozialdemokraten (AvS) und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA), beide maßgebliche Träger der Initiative Gedenkort Stadthaus, lehnen eine Verlagerung des Widerstandes nach Fuhlsbüttel entschieden ab. Sie treten nach wie vor für einen zentralen Gedenk- und Lernort zur Geschichte von Verfolgung, Vernichtung und Widerstand im Nationalsozialismus im Zentrum der Stadt ein, das heißt dort, wo dieses geplant, organisiert und durchgeführt wurde. Die Initiative Stadthaus lehnt ganz entschieden die Unterscheidung von „Täterort“ und „Opferort“ ab, um damit die räumliche Trennung zu legitimieren. Eine solche Auffassung ignoriert, dass Täter und Opfer untrennbar zusammengehören. Sowohl im Stadthaus als auch im Kolafu gab es immer beides gleichzeitig.

Eine neue Situation würde entstehen, wenn die Buchhandlung wirtschaftlich scheitern sollte. Dann wäre auch das Konzept von Quantum gescheitert und es ergäbe sich eine neue Chance, die gesamten Räumlichkeiten für einen Lern- und Gedenkort zu nutzen, der diesen Namen auch verdient. Es bleibt nur zu hoffen, dass Stiftung und Kulturbehörde diese Chance dann auch ergreifen.

Für die Initiative Stadthaus stellt sich jetzt die Aufgabe, wie die verschiedenen Initiativen zusammengebracht, wie gemeinsame Forderungen entwickelt und wie diese Forderungen in das Gedenkstättenkonzept der Stiftung eingebunden werden können. Es muss verhindert werden, dass die Initiativen gegeneinander ausgespielt werden. Geeignet wäre ein „Runder Tisch“ oder eine Tagung zur Erinnerungspolitik an der alle erinnerungspolitisch aktiven Akteure in Hamburg teilnehmen sollten. Die aktuelle Corona-Situation erschwert die Realisierung dieser Aufgabe allerdings. Die Hoffnung besteht, dass dieses vielleicht im Herbst 2021 möglich sein wird. Vielleicht ist es dann auch wieder möglich, einen stärkeren politischen Druck durch entsprechende Aktivitäten in der Öffentlichkeit aufzubauen. Die inzwischen weit über 100 Mahnwachen der Initiative Stadthaus leisten einen wertvollen Beitrag dazu. Sie finden nach wie vor an jedem Freitag an der Ecke Stadthausbrücke/Neuer Wall von 17:00 Uhr bis 18:00 Uhr statt – auch unter Einhaltung aller Corona-Auflagen.

Le, 28.05.2021